Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3332**

15. Wahlperiode 16. 06. 2004

Antrag

der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Christoph Hartmann (Homburg), Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Jürgen Koppelin, Harald Leibrecht, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Gisela Piltz, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Innovationsstrategie für Deutschland – Wissenschaft und Wirtschaft stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland braucht eine nationale Innovationsstrategie, die sich der Zukunftsfähigkeit des Landes verpflichtet fühlt. Sie muss der Wissenschaft und der Wirtschaft gleichermaßen Impulse für Investitionen in Ausbildung, Forschung und Entwicklung geben und die Bedingungen dafür schaffen, dass sich Investitionen als Innovationen am Markt durchsetzen.

Schon der Bericht der Bundesregierung zur technologischen Leistungsfähigkeit hat deutlich gemacht, dass Deutschland nur mit Hochtechnologien und neuen Produkten im internationalen Wettbewerb Schritt halten kann. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hat in seinem jüngsten Gutachten festgestellt, dass die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft nachgelassen hat. Die Zahl neuer Produkte und Technologien auf den Gebieten der High-Tech-Güter, des Maschinenbaus, der Chemischen Industrie und der Informations- und Kommunikationstechnik ist in den vergangenen Jahren gesunken. Lediglich der Automobilbau hat zulegen können. Der Exportweltmeister Deutschland führt bei High-Tech-Gütern fast ebensoviel ein wie er ausführt. Insgesamt haben High-Tech-Güter nur einen Anteil am Gesamtexport von 15,8 Prozent, was unterhalb des EU-Durchschnitts liegt.

An einem hoch entwickelten Industriestandort wie Deutschland mit hohen Lohn- und Arbeitskosten kann die Erhaltung des Wohlstands jedoch nur durch innovative Produkte und Dienstleistungen gesichert werden.

Die Ausgaben der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung waren im Jahr 2003 nach Jahren kontinuierlicher Steigerung wieder leicht rückläufig. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass Forschungen und Entwicklungen auf strategisch wichtigen Feldern durch massive ideologische und bürokratische Hürden behindert werden. Falsch verstandene Tabus und Einschränkungen verstellen Freiräume für Neues. Die Studie von BDI und Arthur D. Little

„Mit Innovation gegen Stagnation“ vom Januar 2004 zeigt, dass staatliche Regelungen die Innovationstätigkeit von rund der Hälfte der deutschen Industrie hemmen.

Staatliche Innovationspolitik ist nicht die alleinige Aufgabe des Bildungs- und Forschungsministeriums. Sie muss vielmehr das Anliegen aller Ressorts und Aufgabe der gesamten Bundesregierung sein, was heute leider oftmals nicht der Fall ist, wie Alleingänge einiger Regierungsmitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigen.

Durch Haushaltskürzungen auf wichtigen Zukunftsfeldern, Blockaden ganzer Forschungsbereiche, wie der Grünen Gentechnik, der Kerntechnik und kerntechnischen Sicherheitsforschung werden falsche Zeichen gesetzt.

Die Ressourcen Humankapital und Wissen spielen bei der Weiterentwicklung unserer modernen Industriegesellschaft eine immer größere Rolle. Wissen ist einer der wichtigsten Produktionsfaktoren geworden. Das ist gleichermaßen eine Herausforderung an das allgemeinbildende Schulsystem, die Berufsausbildung und die Hochschulausbildung, die enger an den Qualifikationserfordernissen der Wirtschaft auszurichten sind. Die Bundestagsfraktion der FDP hat dem Deutschen Bundestag bereits entsprechende Anträge zur Reform der beruflichen Bildung und des Hochschulrahmengesetzes vorgelegt.

Deutschland muss im Wettbewerb um Investitionen, Innovationen, Wachstum und Beschäftigung wieder eine Führungsposition einnehmen! Nur so wird es gelingen die wirtschaftliche und soziale Innovationskraft unserer Gesellschaft zu stärken und somit zugleich Freiheit und Wohlstand der Bürger zu sichern.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Bedingungen dafür zu schaffen, dass Deutschland im Wettbewerb um Innovationen, Investitionen, Wachstum und Beschäftigung durch konsequente Forschungsförderung, Innovationspartnerschaften zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, durch ein innovationsfreundliches Klima in der Gesellschaft, zu einem führenden Innovationsstandort in Europa und der Welt wird;
2. mit dem Haushalt 2005 ein deutliches Zeichen zu setzen, um dem Ziel von Lissabon, Europa bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Erde zu gestalten, Nachdruck zu verleihen. Mit der Erhöhung der Forschungsausgaben des Bundes um mindestens 240 Mio. Euro sind 2005 die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die gesamten Forschungsausgaben Deutschlands schrittweise auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2010 steigen;
3. durch ein neues Berufsbildungsgesetz die berufliche Bildung grundlegend zu modernisieren und an das Erfordernis eines lebenslangen Lernens anzupassen;
4. mit einem grundlegend erneuerten Hochschulrahmengesetz die Grundlagen für mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb in Lehre und Forschung an den Hochschulen zu schaffen, der Förderung des technischen und wissenschaftlichen Nachwuchses besondere Aufmerksamkeit entgegenzubringen und Möglichkeiten einer Vernetzung mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft zu fördern;
5. im Rahmen eines Wissenschaftstarifs die Bedingungen für eine leistungsgerechte Vergütung von Wissenschaftlern zu schaffen und Freiräume für einen Wechsel des Wissenschaftspersonals zwischen den Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen zu ermöglichen;

6. an der gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern für die Forschungsförderung und deren gemeinsamen Finanzierung festzuhalten und gemeinsam mit den Ländern den Aufbau von Wissenschafts- und Innovationsclustern als Exzellenzzentren mit internationaler Ausstrahlung voranzubringen;
7. alle Ressortforschungseinrichtungen des Bundes von einer unabhängigen international besetzten Expertenkommission evaluieren zu lassen. Dabei ist größter Wert auf die Vermeidung von Doppelstrategien mit Blick auf andere staatlich geförderte Forschungsinstitute zu legen. Die Kooperationsfähigkeit und Vernetzung mit anderen Forschungseinrichtungen ist zu fördern;
8. anzuerkennen, dass Innovationen Investitionen voraussetzen. Durch einen strikten Bürokratieabbau ist einer schleppenden Genehmigungs- und Zulassungspraxis bei Investitionen und der Anwendung innovativer Technologien entgegenzuwirken;
9. durch das Gesetz zur Neureglung des Gentechnikrechts nicht neue Innovationshemmnisse aufzubauen und keine negativen Standortsignale an die betreffenden Unternehmen zu geben;
10. die Chancen der grünen (Ernährung), roten (Medizin), blauen (Pharmazie) und grauen (Umweltschutz) Biotechnologie umfassend und konsequent zu nutzen und eine Nationale Biotechnologiestrategie vorzulegen;
11. die europäische Biopatentrichtlinie 1:1 umzusetzen und einen Sonderweg, im Interesse einer Wettbewerbsfähigkeit des Biotechnologie-Standorts Deutschland, nicht zu beschreiten;
12. die gesetzlichen Regelungen zur Forschung an embryonalen Stammzellen weiterzuentwickeln, so dass sie die Mitarbeit deutscher Forscher in internationalen Forschungsprojekten nicht gefährden;
13. die Bedingungen für die Pharmaforschung in Deutschland deutlich zu verbessern;
14. vor dem Hintergrund der Verbesserung der Leistungsfähigkeit und der Lebensqualität der Menschen bis ins hohe Alter die klinische Forschung deutlich zu stärken.

Berlin, den 15. Juni 2004

Ulrike Flach
Cornelia Pieper
Christoph Hartmann (Homburg)
Daniel Bahr (Münster)
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Michael Kauch
Jürgen Koppelin
Harald Leibrecht
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Godern)
Gisela Piltz
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333